

Gunning, Jeroen: Peace with Hamas? The transforming potential of political participation, in „International Affairs” 80(2004)2, pp. 233.

Wie realistisch ist die Annahme, dass die „Islamische Widerstandsbewegung“ („Hamas“) ein palästinensischer Gesprächspartner zur Überwindung des Konflikts im Nahen Osten wird? Die Antworten darauf sind vielfältig und weichen erheblich voneinander ab. So ist die eine Denkschule vom Pragmatismus der Bewegung überzeugt, die gegebenenfalls die rigide islamistische Rhetorik beiseite schieben kann. Andere Analytiker vertreten die Auffassung, dass der politische Kontakt zu „Hamas“ unumgänglich sei, weil sie zu tief in der palästinensischen Gesellschaft im gesamten Gazastreifen sowie in der Westbank in Städten wie Nablus und Hebron und an Universitäten und in Berufsverbänden verwurzelt ist, als dass es gelingen könnte, sie als irrelevant abzutun – der Autor selbst, der am Department für internationale Politik der Universität Wales in Aberystwyth lehrt, nennt sie die „most powerful Palestinian opposition force“. Dritte wiederum glauben, dass die politisch ausgehandelte Koexistenz mit Israel die Basis von „Hamas“ zerstören würde und ihre Führung deshalb auf einem unnachgiebigen Kurs bestehen muss. Unter westlichen Regierungen hat sich der Standpunkt Ariel Sharons durchgesetzt, „Hamas“ auf die Liste der Terrororganisationen mit allen daraus zu ziehenden Konsequenzen zu setzen.

Jenseits solcher Bewertungsunterschiede dürfte feststehen, dass ein erheblicher Teil der palästinensischen Bevölkerung schon deshalb hinter „Hamas“ steht, weil die Autonomiebehörde Arafats ihre politische Glaubwürdigkeit verloren hat, sei es aus eigenem Unvermögen, sei es aufgrund der israelischen Politik der Unnachgiebigkeit, obwohl es nicht gelungen ist, die Widerstandsbewegung zu zerstören und dieses Ziel selbst mit den „gezielten Tötungen“ von Yachya Ayyash, Ismail Abu Shanab. Achmed Yassin und Abdel Aziz Rantisi nicht erreicht worden ist. Dies mag damit zusammenhängen, dass die beiden Flügel von „Hamas“ – die „Izz al-Din Qassem“-Brigaden mit ihrem Ziel der militärischen Effizienz, und der politische Arm mit dem Anspruch auf Popularität, Legitimität und öffentliche Präsenz – ideologische Gemeinsamkeiten aufweisen und sich sogar teilweise personell überlappen, dass sie aber unabhängig voneinander agieren. Darauf hat Khaled Meshal, der Generalsekretär von

„ Hamas“ mit Sitz in Damaskus, in jüngster Zeit mehrfach bestanden; hier deuten sich Rivalitäten zwischen politischer Strategie und Gewalteinsetz an, wobei letzterer generell der Gefahr unterliegt, ohne Kosten-Nutzen-Analyse um seiner selbst willen *Vabanque* zu spielen. Ein Beispiel für diese Einstellung bieten die Agenten des Widerstandes, die „Märtyrer“, die sich auf die Befreiung ganz Palästinas ohne Rücksicht auf ihre physische Integrität haben ein schwören lassen. Ihnen gegenüber versagen politische Appelle zur Mäßigung oder materielle Anreize. Ohne die „rote Linie“ des Bürgerkrieges zu überschreiten, schlagen sie zu, um jede Form von politischer Verständigung mit Israel im Keim zu ersticken.

Hingegen bevorzugen die politischen Strategen von „ Hamas“ einen abgestuften Weg: Für sie bildet die Islamisierung der palästinensischen Gesellschaft einschließlich der Beseitigung des „Systems Arafat“ die Voraussetzung des siegreichen Endkampfes gegen den äußeren Feind. Die zahlreichen vergeblichen Versuche der Autonomiebehörde, „ Hamas“ in die politische Verantwortung einzubinden, sprechen eine deutliche Sprache. Gunning macht darauf aufmerksam, dass „ Hamas“ die typischen Merkmale einer Oppositionsbewegung in sich vereinigt: Ihre Sympathisanten stammen aus den Mittel- und unteren Sozialschichten, haben einen Flüchtlingshintergrund, verfügen über ein relativ hohes Bildungsniveau und gehören nicht zu den politischen und sozialen Eliten mit ihren weitverzweigten autokratischen und korrupten Herrschaftsmechanismen.

Zählt man diese Faktoren zusammen, wird jedoch Gunnings These anfechtbar, wonach sich „ Hamas“ nicht mit der Autonomiebehörde und mit „ Fatah“ messen kann. Denn zumindest seit Beginn der zweiten „ Intifada“ ist es ihr gelungen, die einstige Autorität Arafats zum eigenen Vorteil umzulenken, die „ Bewegung zur Befreiung Palästinas“ ideologisch zu infiltrieren und ihren hierarchischen Aufbau zu zersetzen. Wenn es des zusätzlichen Beweises für diese Entwicklungen bedürfte, so haben ihn die „ Al-Aqza-Brigaden“ von „ Fatah“ erbracht, die mittlerweile aus eigenem Recht militärisch agieren und sich dem Zugriff Arafats weitgehend entzogen haben. Das Original zieht regelmäßig mehr politische Attraktivität auf sich als die Kopie, die sich durch politisches Lavieren negativ auszeichnet. Letztere kann durch eine zuweilen bombastisch anmutende pseudo-revolutionäre Rhetorik nicht wettgemacht werden. Insofern war die

Ablösung von Machmud Abbas als „Regierungschef“ und dessen Ersetzung durch Achmed Qureia nichts anderes als die Inszenierung eines Spektakels, das die Apparaturen der systematischen Schwäche der Autonomiebehörde bloßlegt. Gleiches gilt für westliche Forderung nach palästinensischen Reformen. Sie wären nur unter der Bedingung möglich, dass die Autonomiebehörde über die politische Macht verfügt, deren institutionelle Infrastrukturen weitgehend zerstört am Boden liegen. Hinzu kommen Rivalitäten in der palästinensischen Führung. So reagiert sie nur halbherzig auf die Herausforderungen von „ Hamas“.

Nachdem sie selbst durch ihre terroristischen Aktivitäten zum palästinensischen Elend beigetragen hat, hat „ Hamas“ selbst auf dem Gebiet der sozialen Wohlfahrt die Autonomiebehörde überholt, die alle Hände voll zu tun hat, ihre etwa 130.000 Mitarbeiter mit Hilfe der Europäischen Union zu bezahlen – ein zusätzlicher Pluspunkt für die Islamisten, denen die Abhängigkeit vom Westen ein Gräuel ist. Es brächte mithin keine Vorteile für „ Hamas“, wenn sie sich auf die Teilung der Macht einließe, nachdem der zweite Pfeiler wenn nicht ganz weggebrochen ist, so doch an Geltung und Gestaltungskraft erhebliche Einbußen erlitten hat. Die Erwartung des Autors erscheint verfrüht, dass die Übernahme von Studentenräten und Berufsverbänden einen moderierenden Einfluss auf „ Hamas“ haben wird. Die für den Sommer 2004 in Aussicht genommenen Kommunalwahlen werden darüber Aufschluss geben, welche Kräfte sich durchsetzen. Noch kann von einer „ Evolution“ bei „ Hamas“ in Richtung Demokratisierung nicht die Rede sein, es sei denn man versteht darunter den egalitären Druck der Straße. So wünschenswert die Behauptung Gunnings sein mag, dass „ Hamas“ unter den palästinensischen Fraktionen „ eine der am demokratischsten orientierten“ sei, so sorgt der islamistische Impetus dafür, die Vision einer Zweistaatenlösung zunichte zu machen.

Wenn also der Autor festhält, dass die zentralen Ziele von „ Hamas“ an Boden verlieren, dann dürfte diese Schlussfolgerung verfrüht sein. Denn sie geht offenkundig vom Autonomiestatus wesentlicher Teile des Gazastreifens und der Westbank aus, wie er mit seinen *checks and balances* mehr oder minder vor dem Dreiergipfel in Camp David im Juli 2000 vorherrschte, aber inzwischen fast vollständig zusammengebrochen ist. Dass die israelische Politik die von ihr diktierten Rahmenbedingungen in den palästinensischen Gebieten von Grund auf revidiert, ist gegenwärtig

nicht erkennbar. Niemand sollte sich deshalb wundern, dass der Prozess der Radikalisierung eine Fortsetzung findet.

Reiner Bernstein